



Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Zürich

Halbjahresbericht der Präsidentin anlässlich sbfz- Delegiertenversammlung vom 28. November 2012 in Dällikon

Sehr geehrte Delegierte,
sehr geehrte Gäste

Das letzte Mal begann ich damit, dass ich Ihnen von sieben ruhigen Monaten berichten konnte. Das kann man für das abgelaufene Halbjahr nun nicht mehr behaupten. Auch ich muss mich im seit Wochen anhaltenden medialen Getöse rund um den Staatsvertrag zuweilen dazu zwingen, nicht wegzuhören, sondern besonders jetzt am Ball zu bleiben. Denn ich vermute, dass insbesondere der Flughafen nicht unglücklich über den Zank der verschiedenen fluglärmüden Parteien ist und still und heimlich für seine Ausbaupläne lobbyiert und an ihnen weiter plant. Doch rekapitulieren wir der Reihe nach:

Staatsvertrag

Schneller als erwartet und kurz nach unserer letzten Mitgliederversammlung gaben am 2. Juli Bundesrätin Doris Leuthard und der deutsche Verkehrsminister Peter Ramsauer bekannt, sie hätten den bereits im Winter angekündigten Staatsvertrag paraphiert: Der Inhalt ist Ihnen allen bekannt: Mit dem Vertrag sollen die Sperrzeiten für den Überflug über deutsches Gebiet ausgedehnt werden. Das bedeutet, dass deutlich mehr Landungen über Schweizer Gebiet geführt werden müssen. Das BAZL spricht von mindestens 20 000 Anflügen pro Jahr.

Als Folge auf diese Ankündigung hat sich unter der Leitung des Schutzverbands das Bündnis für eine nachhaltige Flughafenentwicklung neu gebildet. Es hatte sich bereits 2011 im Abstimmungskampf für die Behördeninitiative bewährt und besteht aus dem sbfz, der IG-Nord, der IG West, der Region Ost, des Dachverbands Fluglärmenschutz und des Bürgerprotests Fluglärm-Ost.

Gemeinsam veröffentlichten wir ein Positionspapier zum Staatsvertrag, in dem wir gefordert haben, dass die lärm betroffenen Gemeinden in die Diskussion um die Neuverteilung des Flugverkehrs eingebunden werden müssen, die Kompetenzen zur Flughafenpolitik nicht weiter von Zürich nach Bern übergeben werden können und als wichtigstes, dass der Vertrag ohne Pistenverlängerungen umgesetzt werden kann und muss. Es erscheint mir besonders wichtig, auf diesen Punkt immer wieder hinzuweisen. Es ist weder im Staatsvertrag gefordert, noch ist es aus betrieblichen Gründen zwingend, dass die Neuverteilung des Flugverkehrs eines Ausbaus der Pisten 10/28 und 14/32 bedarf.

Diese Haltung haben wir Ihnen ebenfalls in unserem Informationsblatt vom Oktober mitgeteilt.

Am 4. September unterzeichnete der Bundesrat den Staatsvertrag. Kurz darauf eröffnete das BAZL zwei Anhörungen, die eine zum Staatsvertrag an sich und die zweite unter dem Titel „SIL-Prozess: Anpassung des Objektblatt-Entwurfs aufgrund des Staatsvertrages mit Deutschland“. Im mitgelieferten Bericht zur Anpassung des SIL-Objektblattes werden sechs Betriebsvarianten aufgezeigt, die aufgrund des Staatsvertrages nötig werden könnten. Darunter befindet sich auch der Gekröpfte, der neu gekrümmte Nordanflug heisst. Und zwar mit Anflugrichtung von Westen oder von Osten.

Wir haben an beiden Anhörungen teilgenommen und die Haltung des sbfz zum Staatsvertrag und zu seiner Umsetzung gegenüber dem BAZL offiziell kommuniziert. Unsere Mitglied-Gemeinden haben wir jeweils mit den entsprechenden Stellungnahmen bedient. Darin haben wir uns klar gegen die Pistenverlängerung und die Kanalisierung des Flugverkehrs über den Norden, Westen und Osten ausgesprochen. Wir haben auch unmissverständlich gefordert, dass wir in der im Staatsvertrag vorgesehenen Luftverkehrskommission Einsitz nehmen wollen, da unser Verband mit 68 Gemeinden die direkt betroffene Bevölkerung repräsentiert.

Dem Einfluss des sbfz ist es auch zu verdanken, dass einige Tage zuvor, am 23. Oktober, der Kantonsrat mit 94 Stimmen ein Postulat für dringlich erklärte, welches verlangt, dass der Regierungsrat zeigt, wie der Staatsvertrag ohne Pistenverlängerung umgesetzt werden kann.

In den letzten Tagen nun hat das Thema Staatsvertrag wieder eine Wendung genommen, in dem der deutsche Verkehrsminister Peter Ramsauer ankündigte, die Ratifizierung des Staatsvertrags auszusetzen. Ziel ist anscheinend, den Vertrag mit der Schweiz neu zu verhandeln. Diese Wendung ist vor dem Hintergrund des beginnenden Wahlkampfes für den Bundestag nicht überraschend. Ob die Schweiz gut beraten ist, unter diesen Umständen auf Neuverhandlungen einzusteigen, wage ich zu bezweifeln. Sollte sie es aber doch tun, dann rate, nein fordere ich unmissverständlich, dass dies nicht ohne den Miteinbezug der Direktbetroffenen geschieht. Denn reine Behördenentscheide werden nie die Akzeptanz der Bevölkerung finden.

Nachtsperre

Im Lärm um den Staatsvertrag ist das Thema Nachtsperrezeit ein wenig untergegangen. Doch auch hier sind wir nicht untätig geblieben. Am 9. November haben wir dem BAZL, dem Flughafen Zürich und dem Kanton erneut einen Brief zur „Zunahme von Flugbewegungen während der Nachtzeit“ geschrieben. Darin fordern wir, dass der zunehmende Trend zu Flügen während der nächtlichen Sperrzeit gestoppt werden muss. Waren es in der Periode von Januar bis September 2010 noch 93 Flüge, verzeichnete das Lärmbulletin 2011 bereits 122 und in diesem Jahr 191 Flüge während der Nachtsperre. Die Antwort des Flughafens scheint mir bezeichnend zu sein: Als Abflugzeit könne nicht die effektive Startzeit gelten, hingegen müsse als Richtwert das Wegstossen des Flugzeugs vom Gate genommen werden. Eine solche Haltung zeigt, wie wenig Ernst der Flughafen die Bevölkerung nimmt. Wahrgenommen wird doch der effektive Start eines Flugzeuges. Und zu behaupten, ein Flugzeug, das um 23.15 von der Piste wegdonnert, sei um 22.59 vom Gate „weggestossen“ worden und falle somit nicht unter die Nachtruhesperre, darf nicht als Ausrede, sondern muss fast als Beleidigung der lärmgeplagten Bevölkerung wahrgenommen werden.

Neue Allianzen

Als letztes möchte ich noch kurz auf zwei neuen Allianzen in der Luftfahrtpolitik hinweisen, die diesen Monat bekannt wurden: Es ist dies die „Allianz Ost“, welche die „Region Ost“, die Stadt Winterthur, den Kanton St. Gallen, den Bürgerprotest Fluglärm Ost, den Bürgerprotest Fluglärm Hinterthurgau und die Fluglärmsolidarität umfasst. Sie hat sich erstmals mit einer Stellungnahme zum SIL Prozess zu Wort gemeldet.

Am 15. November konnte der Presse entnommen werden, dass sich eine Gruppe ZRH_2020 gebildet hat. Dahinter stehen der Verein Südschweize Nein, der Bürgerprotest Fluglärm Ost sowie der Hauseigentümergebund Dübendorf und Oberes Glatttal. Ziel ist es, den Anteil der Transferpassagiere in Kloten auf 20% zu senken.

Geschätzte Delegierte, der Schutzverband ist nötig, wie schon lange nicht mehr. Wir dürfen in der Diskussion um den Staatsvertrag unsere ureigensten Ziele nicht aus den Augen verlieren und dazu zähle ich die Verhinderung eines weiteren Ausbaus des Flughafens. Flugroutenoptimierung hin oder her: mehr Kapazität führt zu mehr Verkehr und dies zu mehr Lärm.

Wir müssen in dieser Frage dem BAZL und dem Flughafen die Stirn bieten. Dazu braucht es auch Sie. In diesem Sinne zähle ich auf Sie und bedanke mich bei Ihnen für Ihr Vertrauen. Ein grosses Dankeschön an meine Vorstandskollegin und meine Vorstandskollegen sowie an Röbi Bänziger und Sandra Widmer von der Geschäftsstelle. Sie standen mir stets tatkräftig zur Seite.

Nun wünsche ich Ihnen eine besinnliche Adventszeit und wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen jetzt schon frohe Festtage.

Höri, 28. November 2012

Ihre Präsidentin

Ursula Moor